

Tribunal „Wo bleibt Soziales?“

Straßentheater der Attac-Regionalgruppe Kassel

Sommerfest Rothe Ecke, Rothenditmold Kassel

16. August, 2025

zu Wohnen – Ernährung - Rente

Einleitung

Auch die neue schwarzrote Regierungskoalition weigert sich strikt, das nötige Geld dort zu holen, wo es ist, nämlich bei der steigenden Anzahl der Superreichen und ihrem stetig wachsenden Vermögen. Für den ‚Rest‘ der Bevölkerung sind „soziale Zumutungen“ angekündigt: alle Sozialleistungen sollen auf den Prüfstand.

Deshalb heute ein Tribunal, erstmal zu den Bereichen Wohnen, Ernährung und Rente. Dabei werden Fakten vorgetragen, es wird nach Profiteuren gefragt und ein Urteil im Sinne des Grundgesetzes gefordert.

Zuerst aber ein Blick zurück.

Weimar Wohnen: Großfoto

Weimar, Anfang der 30er Jahre: Die Wohnungsnot grassiert. Die Menschen sind nicht in der Lage die horrenden Mieten zu bezahlen. Viele der eigentlich dringend benötigten Wohnungen bleiben deswegen leerstehend. Das Modell der „Schlafgänger“ hat Konjunktur. Fremde Menschen, die sich in Schichten ein Bett teilen, um überhaupt einen überdachten Schlafplatz zu haben. Auch diese Not wird etliche in die Arme des Faschismus treiben. Aber die werden nichts ändern, ganz im Gegenteil. Sie werden die Steuern reicher Eigentümer senken und statt Sozialwohnungen Baracken und Repräsentationsbauten errichten. Aber wir haben ja aus dieser Zeit gelernt: Art. 20 GG (...)

Szene Wohnen

Richter:

Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes lautet

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.

Unter Berufung auf diese Rechtsnorm eröffne ich die Verhandlung zum Gegenstand

Recht auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen.

Was hat die Anklage vorzutragen?

Anklage:

Wohnen entwickelt sich mehr und mehr zum Armutstreiber. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus - manche sogar mehr als die Hälfte. Von Wohnarmut betroffen ist jeder Fünfte (17,5 Millionen Menschen in Deutschland). Massiv betroffene Gruppen sind:

jeder vierte Mensch ab 65 Jahren, jeder dritte junge Erwachsene, Studierende geben mehr als 40 Prozent % ihres Einkommens für Miete aus, zwei Drittel der Studierenden sind damit überfordert. Weiterhin betroffen sind mehr jede/r Dritte Alleinerziehende, über 60 Prozent der Erwerbslosen.

Regierung:

Einspruch, also eigentlich sind wir ja mittlerweile kaum mehr zuständig. Viele Städte haben im Zuge der Sparzwänge über die letzten Jahre immer mehr Wohnraum privatisiert. Und da ist es ja dann ganz normal, dass die Mieten steigen, denn die Aktionäre der privaten Wohnkonzerne wollen natürlich anständige Dividenden erwirtschaften. Die müssen ja auch irgendwo leben und so ein Ferienhaus auf Sylt ist teuer. Außerdem fließen zwischen 15 und 30 Prozent der Mieteinnahmen, inzwischen zunehmend an internationale Finanzunternehmen wie an BlackRock und Co. Bedauerlich, aber auf solch potente Investoren kann man heutzutage nicht verzichten.

Anklage:

Aber das sorgt dafür, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft. Es gibt immer weniger Sozialwohnungen. In Kassel haben rund 50 Prozent aller Kasseler Mieterhaushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, also etwa 30.000 Haushalte. Es gibt aber nur etwa 5000 Sozialwohnungen. 2023 gab es in Kassel Wohngeldzuschuss für ca 19000 Haushalte bzw. 31.000 Menschen. Kosten für die Stadtkasse 31,5 Mio.

Regierung:

Na also, da sieht man doch, dass wir etwas tun. Wir sind doch immer wieder dabei, aus den Steuergeldern der Staatskasse das Wohngeld zu erhöhen, damit auch weniger gut betuchte Menschen die privaten Wohnkonzerne bezahlen können, denen wir die Wohnungen überlassen haben. Außerdem nutzen wir das Steuergeld, um die Konzerne zu subventionieren, und ab und an fällt da dann auch eine neue Sozialwohnung ab.

Anklage:

Und wenn sie dann die Kosten der Unterkunft für die Bürgergeldempänger*innen übernehmen akzeptieren sie oft bereitwillig die völlig überzogenen Forderungen der Vermieter*innen. So ist der Staat selbst daran beteiligt die Mieten weiter nach oben zu treiben.

Regierung:

Ich kann ihnen versichern wir lassen uns regelmäßig von Lobbyisten, ähm ich meine natürlich Expert*innen der Wohnungskonzerne beraten, um sicherzustellen, dass wir die bestmöglichen Entscheidungen treffen. Die haben auch immer ganz tolle Ideen. Luxusrenovierungen zur Steigerung der Mieten oder aus den Nebenkosten also Hausmeistertätigkeiten, Reinigung, Gartenarbeiten, Geschäftsführung usw. ein eigenes Geschäftsfeld zu machen - mit weniger Personal. Toll was denen immer wieder einfällt. Und mit dem Geld, das so in private Taschen wandert, wird dann auch ab und an ein Kulturprojekt gefördert oder ein Sportevent gesponsort das ist doch wirklich nett. Das können wir uns schon lange nicht mehr leisten.

Anklage:

Und darum stehen in Kassel über 200.000 Quadratmeter leer, während die Menschen keine Wohnungen finden

Richter:

Ich habe nun die beiden Parteien angehört.

Unter Berufung auf Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes, nämlich

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“

verkünde ich – **im Namen des Volkes** - zum Gegenstand **Recht auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen** folgendes Urteil:

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass der Wohnungsmarkt zunehmend der Logik der Profitmaximierung folgt und die grundgesetzliche Verpflichtung eines Sozialstaats aushöhlt.

Daher werden die Regierungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene dazu verpflichtet, möglichst viel Wohnraum dieser Logik zu entziehen

- durch Entwicklung von Wohnraum in städtischer Hand
- durch Vergabe städtischen Grundstücke nach Erbbaurecht
- durch Bekämpfung von Leerstand
- durch konsequente Stärkung von Mieter:inneninteressen (Bestandsschutz, Erwerb von Belegungsrechten, Verlängerung von Sozialbindungen und
- wenn es nicht anders geht: **auch durch Enteignung großer Wohnungskonzerne**

Tribunal Soziales / Ernährung

Weimar Lebensmittel: *Großfoto*

Weimarer Republik 1923: Es herrscht Hyperinflation. Die Menschen schleppen das Geld säckeweise heran, um überlebenswichtige Nahrungsmittel noch irgendwie bezahlen zu können. Kaum hat sich die Lage ein wenig entspannt, trifft die Weltwirtschaftskrise die ohnehin gebeutelten Menschen. Am härtesten trifft es jene, die ohnehin nichts, oder fast nichts besitzen. Das Elend und der Hunger lassen die Menschen verzweifeln, es kommt zu Unruhen und gesti eigener Kriminalität. Diese wird den Nationalsozialisten den Vorwand bieten unter dem Deckmantel „Ordnung zu schaffen“ all die zu beseitigen, die sich ihnen in den Weg stellen. Am Ende hungern die Menschen wieder und halb Europa liegt in Schutt und Asche.

Szene Ernährung

Richter:

Ich eröffne die Verhandlung zum Gegenstand "**Recht auf gesunde Ernährung**".
Die Anklage hat das Wort

Ankläger:

Die Anklage stützt sich auf folgende Rechtsnormen:

- Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes lautet „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.
- Artikel 11, Absatz 1 des UN-Sozialpakts, den die Bundesregierung unterzeichnet hat, lautet: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen.“

3 Mio Menschen in Deutschland sind von Ernährungsarmut betroffen. Noch viel mehr, nämlich fast ein Drittel der Menschen in Deutschland, spart aus finanziellen Gründen regelmäßig beim Essen.

Bundesregierung:

Einspruch, das klingt ja viel zu negativ, Sparen ist doch etwas Gutes, dafür werben wir mit unseren Sozialkürzungen im Sinne der Schuldenbremse doch immer wieder selbst. Wir müssen ja auch noch neue Autobahnen und Rüstungsvorhaben finanzieren.

Richter: Einspruch abgewiesen, fahren Sie fort

Ankläger:

Seit den Preissteigerungen der letzten 3 Jahre verzeichnen die meisten Tafeln einen starken Zuwachs ihrer Kund*innen. Ein Drittel der Tafeln musste einen Aufnahmestopp verhängen. Fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Armut – viele von ihnen sind mangelernährt.

Gerade für Kinder ist es ein erhebliches Risiko für die geistige und körperliche Entwicklung, wenn sie nicht ausreichend mit Vitaminen und Mineralien versorgt werden. Diese Mängel können ein Leben lang nicht mehr aufgeholt werden.

Bundesregierung:

Einspruch, wieder viel zu negativ, ist doch toll, dass das soziale Engagement der Bürger*innen da aufblüht, wo wir sozial zurückbauen.

Richter:

Einspruch abgewiesen, die Bewertung des Sachverhalts obliegt dem Gericht, nicht der beklagten Regierung! Weiter!

Ankläger:

Im Bürgergeld-Regelsatz von 563,00€ pro Monat sind für Essen 195€ vorgesehen. Das sind 6,50€ für sämtliche Mahlzeiten am Tag.

Ein Einkauf nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ist damit nicht drin.

Bundesregierung:

Ach gesund, gesund. Wenn's an Geld fehlt, sollen die Leute eben etwas weniger essen – das wäre für einige Menschen sowieso gesünder.

Richter: Noch ein Zwischenruf und ich verwarne Sie!

Ankläger:

Unter Berufung auf Artikel 20 des Grundgesetzes und auf Artikel 11 des UN-Sozialpakts fordert die Anklage:

- Ernährung muss Teil der Daseinsvorsorge werden.
- Es sind öffentliche Kantinen einzurichten, in denen umsonst gesunde, ökologisch erzeugte Nahrung angeboten wird.
- In Kitas und Schulen soll ein beitragsfreies, gesundes Mittagessen angeboten werden.
- Für alle öffentlichen Kantinen, insbesondere in Schulen, Kitas, Seniorenheimen und Krankenhäusern, müssen die Empfehlungen der deutschen Gesellschaft für Ernährung verpflichtender Standard sein.
- Desweiteren fordert die Anklage eine Mehrwertsteuer-Befreiung für pflanzliche Nahrung und eine Mehrwertsteuer-Erhöhung für Zucker. Der Lebensmitteleinzelhandel soll verpflichtet werden, genießbare Lebensmittel an soziale Einrichtungen weiterzugeben.

Richter:

Die beklagte Regierung hat nun offiziell das Wort.

Bundesregierung:

Wir lehnen das alles ab! Denken Sie doch an die Finanzierung! Ein Nullprozentsatz der Mehrwertsteuer für Lebensmittel würde zu Mindereinnahmen von ca. 12 Milliarden Euro jährlich führen. Das können wir uns nicht leisten.

Eine gesetzliche Weitergabeverpflichtung statt Entsorgung von noch genießbaren Lebensmitteln lehnen wir ab - eine Steuerentlastung für spendende Unternehmen halten wir für sinnvoller. Die Bilanz muss ja auch für den Einzelhandel noch stimmen! Es ist zwar richtig, dass die 4 großen Einzelhandelskonzerne Rewe, Aldi, Edeka und Lidl in den letzten paar Jahren hohe Gewinne auf Kosten der Produzenten und der Verbraucher gemacht haben, aber es könnten ja auch mal wieder schlechtere Zeiten kommen!

Richter:

Unter Berufung auf Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes, nämlich

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“

sowie Artikel 11 des UN-Sozialpakts

verkünde ich – **im Namen des Volkes** - zum Gegenstand "Recht auf gesunde Ernährung" folgendes Urteil:

Es sind öffentliche Kantinen einzurichten, in denen für einen geringen Preis gesunde, ökologisch erzeugte Nahrung angeboten wird. Bis es diese Kantinen in ausreichender Anzahl gibt, sind die Regelsätze für das Bürgergeld entsprechend zu erhöhen.

In Kitas und Schulen soll ein beitragsfreies, gesundes Mittagessen angeboten werden.

Die Empfehlungen der deutschen Gesellschaft für Ernährung sind verpflichtender Standard für alle öffentlichen Kantinen.

Pflanzliche Nahrung wird von der Mehrwertsteuer befreit, die Mehrwertsteuer für Zucker wird erhöht.

Es muss ein Gesetz erlassen werden zur verpflichtenden Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel an soziale Einrichtungen.

Begründung:

Nach eingehender Betrachtung der Faktenlage ist das Problem der Finanzierbarkeit kein echter Grund für weiter andauernde Vertrags- und Grundgesetzverletzungen. Die Regierung hat in der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, an Mittel zu kommen, wenn sie es für nötig hält.

Tribunal Soziales / Rente

Einstieg

Weimarer Republik, Ende der 20er Jahre: Die Rentenkassen sind schwer in Mitleidenschaft gezogen. Waren sie zu Beginn der 10er Jahre noch gut gefüllt und ermöglichten Wohnraum, Gesundheitsvorsorge und Absicherung der arbeitenden Bevölkerung, waren sie ab 1914 mit der Umstellung auf Kriegswirtschaft zum Wohle der Kriegsanleihen ausgeplündert worden. Töten und Zerstören war wichtiger geworden als die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Auch dieses Elend war es, welches dem aufsteigendem Faschismus einen reichhaltigen Nährboden bieten sollte. Aber wir haben ja aus dieser Zeit gelernt:

Szene Rente

Richter:

Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes lautet

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.

Unter Berufung auf diese Rechtsnorm eröffne ich die Verhandlung zum Gegenstand

Recht auf menschenwürdiges Leben im Alter.

Was hat die Anklage vorzutragen?

Anklage

Fast jeder fünfte Rentner, also etwa 1,8 Millionen Menschen, darunter insbesondere Frauen, haben ein Einkommen unter Sozialhilfe-Niveau und können ihren Lebensunterhalt mit ihrer Rente nicht mehr bestreiten. Nicht selten gehen sie Flaschen sammeln oder betteln. Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat sich seit 2003 fast verdreifacht!

Einwurf Regierung

Eben nicht rechtzeitig vorgesorgt!

Anklage

Jetzt bin ich dran!

Dabei ist doch die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens ein Grundpfeiler des Sozialstaats. Vor allem die gesetzlichen Sozialversicherungen sollen sicherstellen, dass auch ältere und pflegebedürftige Personen versorgt werden. Doch an diesem Pfeiler wurde und wird kräftig gesägt.

Regierung:

Einspruch! Mit den 2021 eingeführten Grundrenten wurden doch niedrige Renten aufgestockt und damit Altersarmut gemindert

Anklage: Eine magere Aufstockung um durchschnittlich 89 Euro! Und das für nur 1 Million Rentner.

Richter Einspruch abgelehnt!

Zum Kläger gewandt: Fahren Sie fort!

Regierung:

Aber der heutigen Rentnergeneration geht es doch sehr gut, sie hat doch üppige Rentensteigerungen erlebt.

Richter: Beklagte, ich verwarne Sie, unterlassen Sie Ihre Zwischenrufe!

Anklage:

Danke. Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache:

Seit 1990 bis 2023 ist die jährliche Wirtschaftsleistung, das sogenannte Bruttoinlandsprodukt, um knapp 55 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Renten um rund 12 Prozent gefallen! In der EU landet Deutschland deshalb beim Anteil der Renten am Bruttoinlandsprodukt ganz hinten an viertletzter Stelle!

Die Regierung versucht ständig, den Menschen immer mehr wegzunehmen, durch **direktes** und heimliches Absenken der Höhe der Renten. - Das ist gezielte Verarmungspolitik gegenüber der heutigen – und auch der zukünftigen - Rentnergeneration.

Richter: Die beklagte Regierung darf nun Stellung nehmen

Regierung:

Unzweifelhaft stehen nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung, sondern alle Sozialversicherungen unter starkem Finanzierungsdruck. Aber es ist doch nicht unsere Schuld, wenn es immer mehr alte Leute gibt, die der Gesellschaft auf der Tasche liegen.

Wir haben ja bereits Gegenmaßnahmen ergriffen. Mit unserem kürzlichen Rentenpaket haben wir die Voraussetzungen geschaffen, Generationenkapital – also eine Aktienrente - an den Finanzmärkten aufzubauen. Und wann hat so ein Investmentbanker je einen Fehler gemacht? Denen kann man doch die hart erarbeiteten Ersparnisse guten Gewissens anvertrauen.

Richter:

Was hat die Anklage dazu vorzubringen?

Anklage:

Die Menschen haben ANSPRUCH auf ihre Renten! Wer hat denn so stark gestiegene Wirtschaftsleistung der letzten Jahrzehnte erwirtschaftet? Etwa die berühmt-berüchtigten Leistungsträger in den Vorstandsetagen? Das Problem ist doch, dass diese Gewinne von Konzernen abgeschöpft werden, und der Staat es nicht wagt, deren Gewinne anständig zu besteuern. Unsere Rente wird in Form von Superyachten auf den Weltmeeren spazieren gefahren und schäumt aus den Champagnerflaschen der Aktieninhaber*innen.

Regierung:

Schon wieder diese ewige Neiddebatte!

Richter: Ich warne Sie zum letzten Mal!

Anklage:

Die Sicherheit der Finanzmärkte hat man spätestens 2008 bestaunen dürfen, als betriebliche Anlagen zur Altersversorgung und die sogenannte Riester-Rente hohe Verluste einstreichen mussten. Nein, unsere Rente darf kein Spekulationsobjekt sein!

Ebensowenig dürfen die Rentenkassen ein Selbstbedienungsladen der Regierung bleiben: Ständig reibt die Regierung der Öffentlichkeit die wachsenden, enormen Bundeszuschüsse für die Renten unter die Nase. Dabei hat sie der Rentenkasse versicherungsfremde Leistungen in einem Ausmaß aufgedrückt, das diese ‚großzügigen‘ Bundeszuschüsse jährlich um über 40 Milliarden übersteigt – schlichter Raub an den Rentner und Rentnerinnen!

Wir fordern, dass endlich alle, auch die Besserverdienenden in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Österreich macht es uns vor: Dort zahlen alle in die gesetzliche Rentenversicherung ein, und die Durchschnittsrente ist um 800 € im Monat höher als in Deutschland. Damit könnte dann auch die Forderung nach einer armutsfesten Mindestrente finanziert werden.

Richter:

Ich habe nun die beiden Parteien angehört.

Unter Berufung auf Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes, nämlich

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“

verkünde ich – **im Namen des Volkes** - zum Gegenstand Recht auf menschenwürdiges Leben im Alter folgendes Urteil:

Die Regierung hat die Rente so zu gestalten, dass sie ein Leben oberhalb der Armutsgefährdung gewährleistet. Sie muss diese Rente auf einem Niveau gewährleisten, das sich am Einkommen während des Arbeitslebens orientiert und die Inflationsrate ausgleicht. Gleichfalls ist eine armutsfeste Mindestrente unabdingbar. Versicherungsfremde Leistungen, also Sozialleistungen, deren Auszahlung den Rentenkassen übertragen wird, sind in voller Höhe durch den Bundeshaushalt zu decken. Außerdem sind Regelungen zu treffen, nach der alle - auch die Besserverdienenden - ihren Anteil an der gesetzlichen Rente leisten müssen und es keine Sonderbehandlung mehr für Reiche gibt. - Die Verhandlung ist geschlossen.

Hammer